

zu Aussagen zu bewegen, deren Urheber.in man entweder der Strafrichter.in oder professioneller (psychiatrischer) Hilfe überantworten möchte.

Verstärkt wird nun gefordert, gegen Hate-Speech vorzugehen. Dagegen ist zunächst nichts zu sagen – im Gegenteil, ist doch ein kultivierter Umgang miteinander die Grundlage einer zivilen Gesellschaft, egal, ob online oder offline. Doch verbunden mit dem unbestimmten Begriff wird es zum Problem. Die Bekämpfung von Hate-Speech darf nicht zur Unterdrückung unliebsamer Meinungen missbraucht werden – auch dann nicht, wenn manche dieser Meinungen auch in einer Demokratie nur schwer erträglich sind.

Entweder ist eine (politische) Aussage strafbar oder in anderer Weise unzulässig – dann sind die entsprechenden Behörden dafür zuständig, das zu unterbinden. In Zusammenarbeit mit privaten Internet-Unternehmern ist zu klären, was Hate-Speech ist und was nicht, und wie die Durchsetzung aufzufordern, sieht für mich wie der Offenbarungseid des Rechtsstaats aus. Genau das geschieht gerade – oder wird zumindest gefordert, nicht zuletzt vom Bundesjustizministerium.

Während der öffentliche Raum öffentlicher Kontrolle unterliegt, d. h. einer Kontrolle, die in einem Rechtsstaat rechtsstaatlich begründet ist, gibt es im privaten Raum eben private Kontrolle. Ähnlich verhält es sich mit privaten Internet-Dienstleistern wie Facebook oder Twitter. Auch wenn das Bundesverfassungsgericht im *Fraport-Urteil* zugunsten der Versammlungsfreiheit auch in privatisierten Räumen entschieden hat – de facto ist es häufig eine private Entscheidung, politische Initiativen, Hate-Speech, Pornographie oder was man dafür hält (z. B. Bilder stillender Mütter) zuzulassen oder eben nicht – in den Grenzen der ge-

setzlichen Bestimmungen. Wir haben es aber zugelassen, dass sich der „öffentliche“ Raum immer mehr in privat betriebene Infrastrukturen verschoben hat – das gilt für Einkaufszentren in der Stadt ebenso wie für die sozialen Medien im Internet. Jetzt müssen wir mit den Konsequenzen leben. Die zeitweilige Löschung der berühmten Kriegsfotografie *The Terror of War* durch Facebook, die die Vietnamesin Phan Th Kim Phúc auf der Flucht vor einem Napalm-Angriff der US-Amerikaner zeigt, ist ein beredtes Beispiel für eine solche Entwicklung.

Es ist schwer zu akzeptieren, dass die Entscheidungen über die Zulässigkeit von Aussagen und Inhalten nun von den privaten Betreibern dieser Medien getroffen werden. Ein wenig putzig finde ich es aber schon, wenn politische Initiativen sich auf private Infrastruktur (wie z. B. Facebook) abstützen und sich dann wundern, wenn ihre politischen Forderungen von den Betreibern für nicht akzeptabel gehalten werden, wenn politische Akteure die Verantwortung in solche Infrastrukturen dafür unterlaufen. Das gilt auch dann, wenn man diese Meinungen politisch nicht akzeptieren möchte.

Mit Fiffigen Grüßen

Stefan Hügel

erschienen in der *Fiff-Kommunikation*,
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

Anmerkung

- 1 Laut Wikiquote irrtümlich Voltaire zugeschrieben, tatsächlich aber von Evelyn Beatrice Hall in bezug auf Voltaire gebraucht, orig. "I disapprove of what you say, but I will defend to the death your right to say it", was his attitude now.", <https://de.wikiquote.org/wiki/Voltaire>, Abruf 22.08.2016



Ina Wiesner

Das Schweigen der Soziologen

*Hybride Kriege, Cyber-Krieg und Drohnenschläge – es scheint, dass in den letzten Jahren, besonders auf Grund technologischer Entwicklungen, eine Reihe neuer Formen von Konfliktaustragung auftreten, die das Potenzial haben, sowohl die Funktionslogiken des internationalen Systems als auch den Umgang von Staaten und Gesellschaften mit zwischenstaatlichen oder gesellschaftlichen Konflikten nachhaltig zu verändern.*¹

Viel wird geschrieben und diskutiert über diese Entwicklungen. Völkerrechtler und Philosophen debattieren über die Rechtmäßigkeit und ethische Vertretbarkeit von gezielten Tötungen durch Drohnen. IT-Experten starten Appelle, in denen sie vor der Weiterentwicklung heutiger Kampfdrohnen zu autonomen Offensivwaffen warnen.

Ebenso wird in Völkerrechtskreisen darüber diskutiert, ob Hacker-Angriffe auf kritische Infrastrukturen unter bestimmten Umständen als Angriffe im Sinne des Völkerrechts gewertet werden können, die Gegenreaktionen mit militärischen Mitteln rechtfertigen. Und Militärs, Journalisten und Politikwissenschaftler verwenden immer häufiger den Begriff des hybriden Krieges, der trotz asymmetrischer Konfliktformen eine staatliche Steuerung annimmt, zum Beispiel im Fall der Ukraine durch den russischen Nachbarn.

Viel geschieht auch politisch: Mehr und mehr Staaten investieren in die Beschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen. Mi-

litärische Organisationen weltweit stellen Cyber-Kommandos auf. Und der hybride Krieg findet Eingang nicht nur in Strategiedokumente, er wird zu einer realen Bestimmungsgröße strategischer Planung.

Völkerrechtler, Ingenieure und IT-Experten, Politikwissenschaftler, Journalisten, Politiker, Philosophen und Militärs, sie alle konzipieren und begutachten, nehmen Stellung und debattieren über diese aktuellen Entwicklungen. Doch eine Gruppe bleibt still: die Gruppe der Soziologen. Das verwundert, denn Soziologinnen und Soziologen nehmen durchaus zu anderen gesellschaftspolitischen Fragen Stellung. Sozialwissenschaftliche Forschungsbeiträge zeichnen mitunter sogar den Weg der Debatte vor. Man mag hier zum Beispiel an das empirische Entkräften jener Stammtischargumente denken, die ethnische Abstammung und Bildungsniveau in einen kausalen Zusammenhang gebracht hatten. Sicherheitspolitik ist eine Domäne, die Soziologen nicht verschlossen bleiben sollte, denn auch in diesem Feld könnten sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse wichtige Impulse geben.

Soziologie erforscht soziales Handeln. Sie erforscht die Handlungsdynamik in sozialen Zusammenhängen, die so klein wie die Familie und so groß wie ganze Gesellschaften sein können. Sie erforscht die Voraussetzungen sozialen Handelns auf der einen und dessen Konsequenzen auf der anderen Seite. Und soziales Handeln, das reicht von Arbeits- und Produktionsprozessen bis hin zu Bräuchen, Riten und Institutionen wie das Heiraten oder



The Navy's unmanned X-47B receives fuel from an Omega K-707 tanker while operating in the Atlantic Test Ranges over the Chesapeake Bay. This test marked the first time an unmanned aircraft refueled in flight. U.S. Navy photo, April 22, 2015.

Sich-die-Hand-Geben. Soziales Handeln umfasst aber eigentlich auch die Art und Weise, wie Menschen, Organisationen und Gesellschaften Konflikte verstehen und austragen. Eigentlich.

Nur scheint es, dass die Soziologie, zumindest die deutsche Soziologie, die Themen Krieg und Sicherheit derzeit zu großen Teilen meidet. Die klugen, auch soziologischen, Einlassungen zu Nuklearwaffen in den 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren haben nicht zu einer Verstärkung der Beschäftigung mit militärtechnologischen oder doktrinären Themen geführt. Den vielen Forschungsprojekten, Qualifizierungsarbeiten und Zeitschriftenbeiträgen zu klassisch soziologischen Themen wie Alterung der Gesellschaft, Generationenkonflikte, soziale Inklusion und Exklusion in der Bildung stehen daher heute kaum Beiträge zu Krieg, Sicherheit und Modi der Konfliktbearbeitung gegenüber.

Schaut man zum Beispiel auf die Veröffentlichungen im *Berliner Journal für Soziologie*, so sind in den letzten zehn Jahren fast 400 Beiträge zum Thema Arbeit, jedoch nur 90 zum Thema Krieg erschienen. Aktuelle Entwicklungen wie Cyber-Sicherheit oder Drohntechnologie finden gar keine Beachtung. Zu diesen letztgenannten Themen sind auch in der *Zeitschrift für Soziologie* keine Beiträge erschienen. Das Desinteresse, vielleicht auch das Unbehagen der Soziologen gegenüber Themen, die in den Bereich Krieg und Konflikt fallen, spiegelt sich nicht nur in der geringen Publikationshäufigkeit wider. Auch die Nichtexistenz fachspezifischer Sektionen innerhalb der Deutschen Gesell-

schaft für Soziologie (DGS) ist aufschlussreich. So gibt es keine militärsoziologische Sektion innerhalb der DGS, und auch die Techniksoziologie steht nicht für sich allein als Sektion, sondern ist vereint mit der Wissenschaftssoziologie.

Hinzu kommt der Umstand, dass sich die ohnehin wenigen Militärsoziologen in Deutschland kaum mit Kriegsformen und Wafentechnologien auseinandersetzen. Sie fokussieren stattdessen – oft anwendungsorientiert – auf Themen wie Minderheiten im Militär, Vereinbarkeit von Dienst und Familie oder auf die Einstellung der Bevölkerung zu sicherheitspolitischen Fragen. Bestimmte Themen finden dagegen selten Beachtung:

- die Auswirkungen neuer Technologien auf Soldaten und deren Selbstverständnis,
- ihre Auswirkungen auf das Militär und dessen Einsatz,
- ihre Auswirkungen auf Gesellschaften und deren Bereitschaft, Militäreinsätze zu unterstützen,
- die sozialen Entstehungszusammenhänge neuer Militärtechnologien und -konzepte.

Die Techniksoziologie auf der anderen Seite beschäftigt sich zwar strukturell grundsätzlich genau mit jenen Perspektiven auf Technik – deren Entstehungsbedingungen und deren Auswirkungen auf Menschen, Organisationen und Gesellschaften –, sie scheut aber vor der inhaltlichen Beschäftigung mit dem Militärischen zurück und bearbeitet vorrangig andere Felder wie zum Beispiel Produktion, Medizin, und Kommunikation.

Der blinde Fleck

Die Gründe für diese Nichtbeschäftigung sind mannigfaltig. Der Forschungszugang zu den Feldern Militär und Sicherheit ist erschwert, Forschungsinterviews sind leichter in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu organisieren. Zudem ist die Nachfrageseite für angewandte Forschung in diesem Bereich eingeschränkt und verteilt sich auf die wenigen Friedens- und Konfliktforschungsinstitute in Deutschland sowie den Bund als Auftraggeber. Wissenschaftler müssen fürchten, dass eine Beschäftigung mit diesen Fragen von einer kritischen Fachöffentlichkeit pauschal als kriegslegitimierend angesehen würde. Letztlich haben all diese Gründe in den letzten Jahrzehnten in Deutschland zu einer Differenzierung der Forschungslandschaft geführt, in der solche Themen kaum Platz haben. Hinzu kommt die Logik der Pfadabhängigkeit: Jeder Versuch, soziologische Forschung über Entstehungsursachen und Auswirkungen von militärischen Technologien und -konzepten institutionell zu etablieren, wäre mit immensen Kosten verbunden.

Ina Wiesner

Dr. **Ina Wiesner** wurde 2011 am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz promoviert und forscht zu militär- und techniksoziologischen Themen.

Was bleibt, ist eine Lücke, ein blinder Fleck gleichsam. Das Schweigen der Soziologen verkürzt wichtige gesellschaftliche Debatten über die Entstehung und Anwendung neuer Militärkonzepte und -technologien auf das *Recht und Unrecht* der Völkerrechtler, das *Gerecht und Ungerecht* der Philosophen, das *Opportun und Inopportun* der Politiker sowie das *Wichtig und Unwichtig* der Journalisten. Es fehlt die soziologische Sicht, nämlich das Offenlegen von institutionellen Interessen sowie nicht hinterfragten soziokulturellen Prägungen bei der Entwicklung von sowie der Entscheidung für bestimmte Militärtechnologien. Es fehlen also das *Angemessen und Unangemessen* der Soziologen in der Debatte sowie soziologische Perspektiven auf die Auswirkungen militär- und sicherheitspolitischer Beschaffungs- und Richtungsentscheidungen.

Fragen an die Techniksoziologie

Was könnte eine technikorientierte Militärsoziologie beziehungsweise eine Militärtechnologien einbeziehende Techniksoziologie leisten? Die Antwort: sichtbar machen und einordnen. Und, wo angebracht, auch kritisieren. Soziologen können die Diskurse um hybride Kriegsführung, um Cyber-Krieg und Drohneneinsätze zunächst einmal bereichern um empirisch abgesicherte Erkenntnisse über die Auswirkungen dieser neuen Technologien und Konzepte auf unsere Gesellschaften, auf Organisationen und Individuen. Wer, wenn nicht Soziologen mit ihren speziellen Forschungsperspektiven, kann Fragen beantworten wie:

- Welche Bedeutungsverschiebung – oder gar welchen Bedeutungsverlust – erfährt aus Sicht der Drohnenanwender die Lokalbevölkerung in einem Gebiet, in dem bewaffnete Drohnen eingesetzt werden?
- Welche Auswirkungen haben bewaffnete Drohnen im Arsenal eines Staats auf die Bereitschaft politischer Eliten, Konflikte mit ihrer Hilfe zu lösen?
- Wie wirkt sich die Verwendung des Begriffs *hybrider Krieg* auf die Eliten aus, und auf ihre Bereitschaft, militärische Ge-

genmaßnahmen zu legitimieren? Der Begriff definiert vormals kriegsvölkerrechtlich irrelevante Handlungen nun in ihrer Gesamtheit als kriegerische Handlung.

- Welche Auswirkungen hat der Begriff *Cyber-Krieg* auf die Bedeutungszuschreibung von IT-Sicherheitsaspekten durch die Gesellschaft?

Diese Fragen ähneln in ihrer Struktur klassisch soziologischen Fragestellungen in anderen Bereichen wie Bildung, Arbeit oder Gesundheit. Nur, dass sie derzeit nicht oder kaum in Bezug auf die Bereiche Krieg, Verteidigung, Sicherheit und Militär gestellt werden.

Soziologen haben aber nicht nur das Rüstzeug, die oft unbeabsichtigten Auswirkungen von Technologien oder Konzepten offenzulegen. Sie können mit ihrem speziellen Erkenntnisinteresse auch die Macht- und Interessensstrukturen bei der Entwicklung jener Konzepte aufzeigen. Und dies scheint unabdingbar für eine aufgeklärte Diskussion über die scheinbar Technik-getriebenen Veränderungen in Militär und Sicherheitspolitik.

In Deutschland ist die Militärsoziologie aus historischen Gründen marginalisiert. Wenn wir also eine über die tiefgreifenden gesellschaftlichen Konsequenzen von Waffentechnologien aufgeklärte öffentliche Debatte wünschen, sollte sich die potente und international vernetzte deutsche Techniksoziologie jenen technologischen und doktrinären Themen annehmen und sich zu Waffentechnologien und militärischen Konzepten äußern. Denn aus kritisch-theoretischer Sicht sollten das Unbehagen gegenüber militärischen Themen sowie die durchaus vorhandenen forschungspraktischen Schwierigkeiten nicht zum Wegsehen und Schweigen, sondern gerade zum Hinsehen und Forschen, zum Kritisieren und Debattieren führen.

Anmerkung

- 1 Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autorin wieder.



Friedrich Schoch

Das neue Landesinformationsfreiheitsgesetz Baden-Württemberg (LIFG BW)¹

I. Der lange Weg zum LIFG BW

1. Koalitionsvertrag 2011

In ihrem Koalitionsvertrag von 2011 hatte die vormalige Koalition von „Grün/Rot“ unter dem Stichwort „Transparenz“ angekündigt (S. 78):

„Wir stehen für eine offene Gesellschaft und eine transparente Verwaltung. [...] In einem umfassenden Informationsfreiheitsgesetz werden wir gesetzliche Regelungen treffen, damit Bürgerinnen und Bürger unter Beachtung des Datenschutzes grundsätzlich freien Zu-

gang zu den bei öffentlichen Verwaltungen vorhandenen Informationen haben.“

Dieser Ankündigung sind politische Taten zunächst nicht gefolgt.

2. Kabinettsbeschluss vom 28. Juli 2015

Erst am 28. Juli 2015 hat das Landeskabinetts einen Gesetzentwurf für ein LIFG BW zur Anhörung freigegeben, um in diesem Punkt die erwähnte Koalitionsvereinbarung umzusetzen. Der Ministerpräsident und der Innenminister des Landes erklärten öffentlich (Pressemitteilung vom 28. Juli 2015):